

# Wege aus der Arbeitslosigkeit – Die Diskussion in der Weltwirtschaftskrise

20

Knut Borchardt\*

Vortrag, gehalten am 30. Juni 2003 im Rahmen der »Münchner Seminare« von CESifo und Süddeutscher Zeitung im ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.

1. Historiker haben Hochkonjunktur, wenn die Gegenwart und die Zukunft verwirrt sind. Dann öffnet man sich der Möglichkeit, es könnte im Erfahrungsschatz der Geschichte eine Lösung verborgen sein, die weiterhilft. Aber ausgerechnet im Erfahrungsschatz der Weltwirtschaftskrise sollte für heute etwas zu lernen sein?

Zugegeben: Auf der Hand liegt diese Möglichkeit nicht. Erstens kann ja nicht genug betont werden, dass die heutige Krise zwar in manchen Aspekten Ähnlichkeiten mit der Weltwirtschaftskrise aufweist, in vielen anderen aber nicht. Die Diskussion der Ärzte am Krankenbett der *damaligen* Wirtschaft könnte schon deshalb für die *heutige* Krankheit nicht unbedingt hilfreich sein. Zweitens haben sich ja in der Weltwirtschaftskrise keineswegs bestimmte Rezepte als unbestritten erfolgreich bewährt, also den Praxistest bestanden. Noch heute ist unter Fachleuten umstritten, wie die Krise in den einzelnen Ländern beendet worden ist und was in den verschiedenen Ländern den nachfolgenden mehr oder weniger starken Aufschwung hervorgerufen und unterstützt hat. Auch deshalb darf man nicht erwarten, dieser Geschichte irgendwelche Kunstregeln für »Wege aus der Arbeitslosigkeit« entnehmen zu können.

2. Dennoch halte ich es für nützlich, sich mit der beschäftigungspolitischen Diskussion der dreißiger Jahre zu befassen. Es könnte zumindest zur Horizonterweiterung anregen und unsere Problemlösungsphantasie beflügeln. Allerdings müssen wir uns dann von vornherein darauf einlassen, dass es nicht nur um die Geltung dieser oder jener Theorie geht. Bekanntlich war der Zeitraum der frühen dreißiger Jahre die Gründerphase der modernen Makroökonomie – und dann auch der Wirtschaftspolitik der Global-

steuerung. Bis dahin war, wenn ich das einmal vergrößernd so sagen darf, die herrschende wirtschaftswissenschaftliche Theorie dem Marktmodell verhaftet (Angebot und Nachfrage auf Einzelmärkten). Jetzt trat daneben und möglicherweise gar an seine Stelle das Kreislaufmodell, das mehr und mehr auch für therapeutische Ratschläge verwendet wurde. Im Mainstream der Erinnerungskultur der Nationalökonomien ist es der Name Keynes, der einem sogleich einfällt. Nur nebenbei möchte ich anmerken, dass dies insofern ungerecht ist, als in Deutschland sowohl beträchtliche theoretische als auch empirisch-statistische Vorarbeit geleistet worden ist. Lange bevor in England eine Art »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« verfügbar war, hat es eine solche in Deutschland gegeben (vgl. Tooze 2001). Doch möchte ich gleich zu Beginn klar machen, dass es in der damaligen Diskussion über die Krise und wie man am besten herauskommen kann, anders als die Dogmenhistoriker es sehen, gar nicht so sehr um Theorien gegangen ist. Gewiss, es hat diesen Streit *auch* gegeben. Aber merkwürdigerweise haben selbst Anhänger der gleichen Theorie höchst verschiedene wirtschaftspolitische Empfehlungen gegeben – und, ohne die Theorie als solche zu wechseln, hat ein und derselbe Mensch im Zeitablauf sehr unterschiedlichen Rat gegeben.

Wie alle wirtschaftspolitischen Diskussionen war die beschäftigungspolitische Diskussion am Ende der zwanziger und in den frühen dreißiger Jahren eine politische Diskussion. In ihr ging es nicht nur um *Mittel*, sondern vornehmlich auch um die kurz- und langfristigen *Ziele* der Wirtschaftspolitik und weit darüber hinaus auch um Innen- und Außenpolitik. Erst an der Wende der Jahre 1931/32 hat das Ziel der Senkung der Arbeitslosigkeit den Charakter eines eigenständigen Hauptziels bekommen, doch selbst dann noch nicht – weder im politischen Raum noch unter

\* Prof. Dr. Dres. h.c. Knut Borchardt lehrte an der Ludwig-Maximilians-Universität München Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre.

den professionellen Nationalökonominnen – den unbestritten ersten Rang.

Das hing natürlich auch damit zusammen, wie man die Krise deutete und welche kurz-, mittel- und langfristigen Zukünfte man befürchtete. Auch John Maynard Keynes, den wir in gewisser Weise als einen Teilnehmer an der deutschen Debatte bezeichnen dürfen, hat sich in kurzen Zeitabständen auf jeweils geänderte Bedingungen eingestellt und sehr unterschiedlichen Rat gegeben. So sagte er am 8. Januar 1932, als in Deutschland bei den Arbeitsämtern etwas über 6 Mill. Arbeitslose gemeldet waren, bei einem Vortrag in Hamburg (und kurze Zeit darauf in London): »There is now no possibility of reaching a normal level of production at any reasonably early date ... At any rate, no one is likely to dispute that the avoidance of financial collapse, rather than the stimulation of industrial activity, is now the front-rank problem. The restoration of industry must come second in order of time« (Keynes 1982, 39 und 481). In der Tat, man steckte damals inmitten nationaler Bankenkrise und einer weltweiten Schuldenkrise, in deren Verlauf das Goldwährungssystem zusammenbrach. Da galt es zuerst zu löschen und zu sichern, d.h. Vertrauen der Anleger zu erhalten und zu fördern.

3. Soweit zum Wandel von Zielen entsprechend dem Wandel der Problemlagen im Verlauf der Krise. In der praktischen Wirtschaftspolitik gilt es natürlich immer auch, rechtliche und politische Rahmenbedingungen zu beachten. Selbst heute geht es den professoralen Ratgebern der Wirtschaftspolitik vielfach auf die Nerven, wenn ihnen entgegen gehalten wird: »Das geht politisch nicht« oder: »Dem steht die Rechtsordnung entgegen.« Theoretiker neigen dazu, solche Einwände zu relativieren, gar hinweg zu denken. Schließlich könne man ja Politiker überzeugen, Gesetze zu ändern. Selbst das Grundgesetz mag man sich, sieht man vom Grundrechtskatalog ab, als änderbar (von wem?) vorstellen. Doch gibt es immer Rahmenbedingungen, die nicht oder allenfalls sehr schwer – und dann nur in Verbindung mit großen politischen Risiken – zu ändern sind.

Erleben wir es nicht gerade selbst wieder? Ist es nicht so, dass Euro und Maastricht praktisch keinen Handlungsspielraum mehr für eine deutsche Geld- und Wechselkurspolitik lassen und dass auch der nationalen Fiskalpolitik Fesseln angelegt sind? Ich erwähne gerade dieses Beispiel, weil sich hier eine auffällige Parallele zwischen damals und heute ergibt. Das Reich gehörte bekanntlich seit 1924 wieder dem Goldstandard an. Damit waren einer nationalen Geldpolitik sehr enge Grenzen gesetzt. Anders als manche anderen Länder konnte Deutschland damals aber nicht einmal daran denken, aus diesem System auszuschneiden, etwa den Wechselkurs freizugeben. Die Zugehörigkeit zum System war in den Reparationsabkommen von 1924 und 1930 in-

ternationalen paktiert. Zugegeben, wenn die Reichsbank damals über Goldreserven wie etwa Frankreich und die USA verfügt hätte, hätte sie ja trotz Goldstandard an eine expansive Geldpolitik denken können. Aber leider war von solchen Reserven nicht die Rede – im Gegenteil. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten Deutschlands (in Dollar, Pfund, Gulden und Francs) übertrafen seine Währungsreserven um ein Vielfaches. Ab Sommer 1931 hing die Reichsbank sogar am Tropf eines nur jeweils auf Wochen gewährten Währungsbeistandskredits der Notenbanken in London, New York und Paris sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Und auch die zur Rettung der Wirtschaft im Sommer 1931 für einige Monate vereinbarte Stillhaltung der privaten Gläubiger im Ausland hinsichtlich fälliger Kurzfristverbindlichkeiten schloss eine Politik aus, die in den Augen der Stillhalter unverantwortlich scheinen musste.

Auch der Spielraum der Fiskalpolitik war äußerst beschränkt. Zwar hat es damals kein Maastricht-Abkommen gegeben, aber Deutschlands Handlungsspielraum war hier auf andere Weise begrenzt, letztendlich auch durch internationale Verträge. Ich kann das nicht genauer ausführen, will nur schon hier darauf verweisen, dass die deutschen Gemeinden, Länder und das Reich schon Ende 1929 als Folge ihres seit Jahren praktizierten Schuldenmachens nahezu keinen Kredit mehr hatten oder sich solchen allenfalls mit ganz kurzen Fristen und zu im internationalen Vergleich absurd hohen Zinsen beschaffen konnten. Das war ja der Grund, warum schon seit 1929, lange vor Brüning's Regierungsantritt, die Sanierung der Haushalte allerhöchste Präferenz hatte. Als dann auch noch das deutsche Bankensystem zusammenbrach, blieb als denkbarer Finanzier eigentlich nur die Notenbank übrig. Aber sie war praktisch illiquide. Und zudem war ihr – von einem geringfügigen Kassenkredit abgesehen – gesetzlich untersagt, in irgendeiner Form – auch nicht in Gestalt von Offenmarktpolitik – Kredite an die öffentlichen Hände zu geben. Auch diese Bestimmung ließ sich nicht leicht durch den deutschen Gesetzgeber ändern, denn sie war Teil der Reparationsabkommen und reflektierte für jedermann einsichtig die Erfahrungen mit der großen Inflation 1914–1923.

Es ist wichtig, diese Konditionierungen der deutschen Politik in der Krise zu kennen, um die Eigentümlichkeiten der damaligen beschäftigungspolitischen Diskussion zu verstehen und richtige Lehren aus ihr zu ziehen. Nicht wenige Historiker haben den damals Lebenden vorgeworfen, diese hätten nicht alles Denkmögliche getan, die Katastrophe der Krise und damit Hitler zu vermeiden. »Alles« ist nie möglich. Um es grob zu sagen: Globalsteuerung im Sinne späterer (und inzwischen auch schon wieder veralteter) Lehrbuchweisheit war damals so wenig möglich wie heute. Daran liegt es ja, dass Oskar Lafontaine 2003 – absichtsvoll verletzend, aber doch zurecht – die Politik des Bundeskanzlers mit der »Sparpolitik« von Reichskanzler Brüning hat ver-

**Wirtschaftsentwicklung Deutschlands 1910–1913 und 1925–1929**  
**Nettosozialprodukt zu konstanten Marktpreisen und Nachfragekomponenten – jeweils je Einwohner,**  
**1910–1913 = 100**

	Durchschnitt 1910–1913	1925	1926	1927	1928	1929
Nettosozialprodukt	100	97	96	108	109	104
Privater Konsum	100	105	103	116	116	115
Öffentlicher Konsum	100	132	139	143	150	146
Nettoinvestitionen	100	72	44	106	90	46
Ausfuhr	100	78	90	90	100	103
Einfuhr	100	89	79	131	109	03
Fiktiver Trendpfad NSP-Wachstum	100	121	123	125	127	129

Quelle: Borchartd (1990, 128). Dort auch die genaueren Angaben zu Rechentechnik und Quellen.

gleichen können. Er hat freilich übersehen, dass schon der Vorgänger von Brüning, der Sozialdemokrat Müller, die Sanierung des Reichshaushalts plante und in diesem Zusammenhang drastische Kürzungen von Ausgaben und Anhebungen von Einnahmen, auch im Sozialhaushalt, beabsichtigt hat.

4. Es gibt eine weitere Parallele, die verständlich macht, warum damals selbst hervorragende Theoretiker, die das Kreislaufmodell durchaus verstanden hatten, nicht mit fliegenden Fahnen in das kleine Lager »globalpolitischer Expansionisten« übergelaufen sind. Es hat nämlich während der Weltwirtschaftskrise keineswegs die Überzeugung geherrscht, es handle sich vor allem oder gar allein um ein konjunkturelles Phänomen, und Ziel müsse sein, gleichsam auf die konjunkturellen Höhen vor Ausbruch der Krise zurückzukehren. Schon längere Zeit vorher gab es in Deutschland eine fundamentale Auseinandersetzung über die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande. Vielerorts hörte man bereits in den so genannten »goldenen Jahren« düstere Prognosen, denen zufolge das Land eigentlich in den Ruin treibe. In einem flammenden Aufruf mit dem dramatischen Titel »Aufstieg oder Niedergang« hatte zum Beispiel der Reichsverband der deutschen Industrie im Dezember 1929 frühere Warnungen wiederholt und ein Programm publiziert, in dem fast alle Gravamina aufgeführt werden, die uns heute beschäftigen (vgl. Reichsverband der Deutschen Industrie 1929). Da wurden eine entschiedene Verminderung der öffentlichen Ausgaben, eine grundlegende Änderung des Steuersystems – bei deutlicher Entlastung der Unternehmen –, radikale Veränderungen des Systems der sozialen Sicherung, massive Änderungen der Arbeitsmarktverfassung mit deutlicher Tendenz zur Lohnflexibilisierung, ja Lohnsenkung gefordert.

Tatsächlich war die wirtschaftliche Lage im Deutschen Reich schon vor Einbruch der Großen Krise unter ökonomischen Gesichtspunkten kaum »sustainable«. Vor gut 25 Jahren habe ich schon von der »Krise vor der Krise« gesprochen (vgl.

Borchartd 1979), für die die Tabelle Anhaltspunkte vermittelt. In ihr sind einige Indikatoren aufgezeichnet, die jedermann, der sich mit ihnen vertraut macht, erschrecken müssen. Wenn man die Jahre vor dem I. Weltkrieg gleichsam als *benchmark* nimmt – und das war damals üblich –, so erkennt man, dass es in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre (erst für sie gibt es solche Zahlen) zwar goldene Jahre des Konsums, vor allem des öffentlichen Konsums gegeben hat (siehe Zeilen 2 und 3), aber alles andere als eine tragfähige Wachstumskonstellation. Das reale Sozialprodukt je Kopf erhob sich nur mühsam über das Vorkriegsniveau. Man war, wie die Zahlen in Zeile 7 zeigen, noch weit davon entfernt, den Rückstand gegenüber einem über 1914 hinaus projizierten Trendpfad des Wachstums aufzuholen, wie das in Westdeutschland nach dem II. Weltkrieg so rasch gelungen ist. Der gewaltige Zuwachs des öffentlichen Konsums erregte übrigens auch den Zorn der Reparationsgläubiger. Die Deutschen behaupteten ja immer, sie könnten die Reparationen nicht zahlen, aber in Kommunen, Ländern und Reich wurden öffentliche Güter bereitgestellt, wie das in keinem der reichen Siegermächte der Fall gewesen ist. Demgegenüber sind die privaten und öffentlichen Nettoinvestitionen und der Export, die eigentlich hätten Motor des Wachstums sein sollen, auffällig zurückgeblieben. Aber es hatte – zumindest bis 1928 – einen umfangreichen Kapitalzustrom aus dem Ausland gegeben, der es möglich machte, dass dieses Land beträchtlich über seine Verhältnisse lebte.

Allerdings gab es auch schon lange beunruhigende Krisensignale. Dazu gehörte die im historischen Vergleich beispiellos hohe durchschnittliche Arbeitslosigkeit. Während in den Jahren 1910–13 im Jahresdurchschnitt nur 2% der erfassten Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos gewesen sind, waren es 1923–29 über 11%, im besten Jahr 6,7%. Niemals vor 1914 sind solche Werte erreicht worden.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Mitchell (1975, 166). Amtlich ermittelte Arbeitslosenquoten – aufgrund der bei Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen im Verhältnis zu den unselbständigen Erwerbspersonen – gibt es für Deutschland erst ab 1930.

Woran das lag, ist damals von vielen Ökonomen auch mit der Lohnentwicklung in Verbindung gebracht worden. Ich kann das hier nicht genauer erörtern. Aber vielleicht sind die beiden folgenden Abbildungen hinreichend aufschlussreich. Ich entnehme sie der Dissertation von Clemens Zahn (1996, 50 und 53) über »Arbeitskosten und Lebenslagen zwischen Inflation und Großer Krise«. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Tariflöhne gemäß Reichstarif in der Schuhindustrie. Die Pfeile zeigen an, welche Erhöhungen (und später auch Senkungen) von den Tarifparteien in jeder Verhandlungsrunde gefordert worden sind. Wenn auch die noch weit höher gesteckten Ziele der Gewerkschaft nicht erreicht worden sind, so war der – auch durch staatliche Schiedssprüche nicht gerade gebremste – Anstieg eindrucksvoll genug; insbesondere wenn man ihn mit den in Abbildung 2 veranschaulichten Arbeitslosenquoten der größten Schuharbeitergewerkschaft in Beziehung setzt. Dabei war die deutsche Schuhindustrie damals heftigster internationaler Konkurrenz, insbesondere durch den tschechoslowakischen Bata-Konzern ausgesetzt. Aber noch 1930, als schon über 20% der organisierten Schuhmacher arbeitslos war, sind die Löhne gestiegen.

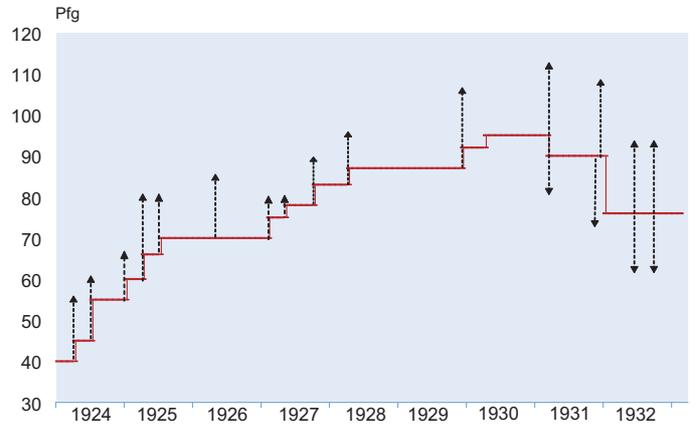
Ist es ein Wunder, dass die Unternehmer, als die allgemeine Krise einsetzte, nicht gleich alles ins Werk setzten, der Schrumpfung in den Arm zu fallen? Dass sie – wie die meisten Ökonomen – zunächst hofften, die Krise würde endlich auch zu einer Veränderung der Machtverteilung und hier und dort zu einer gewissen »Bereinigung« führen?

Ich breche hier meine Schilderung der Komplexität der damaligen beschäftigungspolitischen Diskussion ab, bei der ich absichtsvoll auf Parallelen zwischen der damaligen und der heutigen Problemlage verwiesen habe. Es sollte zunächst auf Einschränkungen der Handlungsspielräume hingewiesen und dann die Vermutung begründet werden, dass es (auch) damals nicht nur um ein konjunkturelles Problem gegangen ist sondern um fundamentale strukturelle Fragen. Ich werde am Ende noch einmal darauf zurückkommen. Doch soll es nun konkreter um die seinerzeit diskutierten »Wege aus der Arbeitslosigkeit« gehen.

5. Ich lege meinen Ausführungen die folgende Gliederung zugrunde:

1. Arbeitsbeschaffung *ohne* Ausweitung der Produktion, *Arbeitsumverteilung*;

**Abb. 1**  
**Tariflohnbewegung in der deutschen Schuhindustrie 1924–1933**



Mindeststundenlöhne mit Lohnerhöhungs- bzw. Lohnabbauforderungen der am Reichstarifvertrag beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Zeitlohnarbeiter über 21 Jahr alt, Ortsklasse 1.

Quelle: Zahn (1996, 50).

2. Arbeitsbeschaffung *mit* Ausweitung der Produktion – als Nebenwirkung;
3. Arbeitsbeschaffung *durch* Ausweitung der Produktion;
  - über »Globalsteuerung«
  - über anpassende »Angebotspolitik«
  - über strukturelle Bereinigung.

Was die »Arbeitsbeschaffung ohne Ausweitung der Produktion«, also die Arbeitsumverteilung mit der Tendenz der Minderung der Zahl der Arbeitslosen, betrifft, gab es damals eine Fülle von Ideen, darunter auch ganz phantastische, wie die des Berliner Großordinarius Werner Sombart. Auch vor dem Hintergrund der Produktivitätsunterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen plädierte er für eine Reagrarisierung des Landes, was (die Abkoppelung vom Weltmarkt vorausgesetzt) zu einer höheren Arbeitsnachfrage führen sollte. Auch heute gibt es ja gelegentlich Regressionside-

**Abb. 2**  
**Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Zentralverbands der Schuhmacher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund 1924–1933**



Quelle: Zahn (1996, 53).

en, hinter denen ein fundamentaler Wachstumspessimismus steht.

Damals – wie heute – gab es viele Vorschläge, dass man durch Minderung des Arbeitsangebots der Beschäftigten den Arbeitslosen größere Beschäftigungschancen geben sollte. Meist waren (und sind) damit verknüpfte Hoffnungen auf einfache Rechenexempel gestützt. So beim Vorschlag einer Verlängerung der Pflichtschulzeit oder bei der auch damals angestrebten Eingrenzung der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern, vorzüglich von Wanderarbeitern. Höchst populär war damals – wie auch heute wieder – die Forderung nach tariflicher Einschränkung bzw. gesetzlichen Verboten von Überstunden. Anders als heute war seinerzeit auch eine Beschränkung des so genannten »Doppelverdienertums« ein viel behandeltes Thema. Es ist übrigens – auch ohne gesetzliche Verpflichtung – von öffentlichen und privaten Arbeitgebern bei ihren individuellen Entlassungsentscheidungen durchaus beachtet worden.

Wie man sich denken kann, wurde auch die gesetzliche Verkürzung der tariflichen Arbeitszeiten intensiv diskutiert, zumal in zahlreichen Betrieben die so genannte »Arbeitsstreckung« offensichtlich einen praktischen Beitrag zur Sicherung von Arbeitskräften über Zeiten des Auftragsmangels hinweg leistete, wenn sie auch nicht zur Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen geführt hat. Im Sommer 1931 hat eine hochrangige Expertenkommission eine solche gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit in den Mittelpunkt eines Gutachtens über Wege aus der Arbeitslosigkeit gemacht, und kurze Zeit später entschied sich auch die Regierung in der Notverordnung vom Juni 1931 dafür. Weil aber die angekündigten Einzelverordnungen ausblieben, ist es im Verlauf der Krise doch nicht zu einer solchen staatlich angeordneten Maßnahme gekommen – zumal der effektive Beitrag einer gesetzlichen Minderung der Arbeitszeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen doch immer fraglich geblieben war. Ich erspare Ihnen und mir eine Schilderung der Debatte, denn natürlich sprach vieles dafür und dagegen ... eines allerdings nicht, woran wir heute zu allererst denken würden: An einen Lohnausgleich hat damals niemand gedacht.

6. Noch kürzer zum 2. Punkt. Es gehörte schon im 19. Jahrhundert zur Selbstverständlichkeit gemeindlicher Armenfürsorge, Unterstützte unter Umständen auch zu Arbeiten heranzuziehen, sei es, weil für solche Arbeit ein Bedürfnis war, sei es, um der Würde der unterstützten Armen willen. Nach dem I. Weltkrieg erhielt auch das Reich im Zusammenhang mit der befürchteten Demobilmachungs-Arbeitslosigkeit eine Zuständigkeit in der Erwerbslosenfürsorge, und 1919 ist die Institution »Produktive Erwerbslosenfürsorge« ins Leben getreten. Durch Vergabe von Notstandsarbeiten sollten Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ging in Zeiten der Inflation sehr gut, als es wenig Arbeitslose und viel Geld gab.

Aber schon bald geriet die Einrichtung ins Kreuzfeuer der Kritik. Umstritten waren – naturgemäß – auch damals die Vernünftigkeit der Projekte und der Umstand, dass die Kosten in der Regel weit höher waren als die Beträge für die einfache Alimentierung der Erwerbslosen. Es muss damit zusammenhängen, dass im Gegensatz zur Hitze der Debatte faktisch in keinem Jahr mehr als 80 000 Personen auf diese Weise alimentiert und zugleich beschäftigt worden sind. 1930 waren es gar nur noch 30 000. Zahlenmäßig weit erfolgreicher war der zunächst aus der Jugendbewegung hervorgehende, seit 1931 aber auch von der Reichsregierung unterstützte freiwillige Arbeitsdienst, in dem vornehmlich jüngere Menschen bei karger Natural- plus noch karger Barentlohnung die Chance wahrnahmen, in Gemeinschaft mehr oder weniger sinnvolle Tätigkeiten zu verrichten. Zunächst wegen Ideologieverdachts heftig von der Linken bekämpft, kam es im Sommer 1932 zu einem förmlichen Friedensschluss mit den sozialistischen Gewerkschaften, die durch ihre Beteiligung an dem Projekt aber vornehmlich das Abdriften der Jugendlichen nach Rechts verhindern wollten. Bezeichnenderweise hat sich der Baugewerksbund, in dessen Territorium die Projektmacher des Arbeitsdienstes ja typischerweise wilderten, dem Frieden nicht angeschlossen. (Insgesamt soll der freiwillige Arbeitsdienst bis zu 300 000 Personen beschäftigt haben.)

Gleichsam auf der Grenze zwischen den in Ziffer 2 der Gliederung genannten Maßnahmen und den zu Ziffer 3a Gehörenden muss das von der Regierung Brüning im Sommer 1930 verkündete Arbeitsbeschaffungsprogramm erwähnt werden. Es handelte sich im Wesentlichen um eine ins Große und über die sozialpolitische Aufgabe hinaus weisende Notstandsmaßnahme insofern, als jetzt auch Reichsbahn, Reichspost, Wohnungswirtschaft und Träger des Straßenbaus zu den Auftraggebern gehören sollten. Mit Notverordnung des Reichspräsidenten (also ohne ein im Reichstag beschlossenes Gesetz) wurde eine »Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten« gegründet, die als Sonderanstalt für die Organisation der Aufträge und ihre Finanzierung sorgen sollte. Doch erwiesen sich die Hoffnungen, diese Gesellschaft würde leichter Kredit bekommen als Staat und Gemeinden, als ebenso illusorisch wie die, dass es jetzt eine Fülle von Trägerorganisationen mit wohlbegründeten Anträgen geben würde – zumal inzwischen ja immer deutlicher geworden war, dass die Kreditrisiken drastisch gestiegen waren.

7. Gerade als man sich zu der Meinung durchgerungen zu haben schien, dass man sich die aufwendigen Notstandsarbeiten eigentlich nicht leisten könnte, kippte in Deutschland die Diskussion. Ab Sommer 1931 wurde Arbeitslosigkeit nicht mehr vornehmlich als ein sozialpolitisches Problem diskutiert, sondern jetzt auch als ein volkswirtschaftliches. Die dringendste Frage schien nicht mehr

zu sein, ob man sich Notstandsarbeiten leisten könne, sondern ob man sich nicht eine aktive Beschäftigungspolitik leisten müsse, um den kontraktiven Zirkel zu beenden und eventuell gar den Aufschwung in Gang zu bringen. Natürlich gibt es auch hierzu schon Vorgeschichten. In Deutschland ist 1925/26 sogar schon einmal ein praktisches Experiment von Konjunkturpolitik mit drastischen Ausgabeerhöhungen und Steuergeschenken des Reiches betrieben worden, allerdings mit der fatalen Konsequenz, dass sich dadurch die Haushaltslage in den folgenden Jahren nachhaltig verschlechterte. Dessen ungeachtet sprach sich im Mai 1931 die schon zuvor erwähnte Expertenkommission, die im Auftrag der Regierung Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit erarbeiten sollte (ihr gehörte auch der damals 32-jährige Professor Wilhelm Röpke an), dafür aus, dass der Staat einen Teil der ausgefallenen Kaufkraft ersetzen müsse, um der Wirtschaft Impulse zu verleihen. Allerdings sollte das nur geschehen, wenn es gelinge, hierfür Geld aus dem Ausland zu bekommen. Das war zwar eine theoretisch eindrucksvolle Aussage, zugleich aber auch eine Art Begräbnis erster Klasse, weil man im Ausland nicht daran dachte, diesem definitiv überschuldeten Staat (politische und kommerzielle Schulden zusammen übertrafen die Zahlungsfähigkeit bei weitem) noch mehr Geld in den Rachen zu werfen für Projekte, die man im eigenen Land nicht befürwortete.

Dass jetzt – und auch später – verantwortliche Politiker und Professoren nie in der Öffentlichkeit über die theoretische Möglichkeit sprachen, für den gewünschten Kaufkraftimpuls auf die Reichsbank zurückzugreifen, lag übrigens nicht nur daran, dass sich natürlich alle der rechtlichen Beschränkungen und der prekären Lage der Notenbank bewusst gewesen sind. Wie sich aus den Reaktionen auf alle Vorschläge, die auch nur in die Nähe einer solchen Möglichkeit kamen, ablesen ließ, war dergleichen in Deutschland schon deshalb ganz unpopulär, weil es sofort mit dem Urteil: »Inflation« belegt wurde. Man hatte ja 1918–1923 erlebt, was sich aus dem Versuch verzweifelter Regierungen, mit Hilfe der Geldschöpfungsmacht der Reichsbank außerordentliche Notlagen, z.B. Revolution und Konterrevolution, zu bekämpfen, ergeben hat, als Regierung und Notenbank nicht in der Lage waren, den in Gang gekommenen Prozess vor der Katastrophe der Hyperinflation abzustoppen. Noch im April 1932, praktisch am Tiefpunkt der Krise, konnte der damalige Reichsarbeitsminister auf dem Kongress des ADGB, der Spitzenorganisation der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, vor dem Hintergrund von 6 Mill. Arbeitslosen ganz unwidersprochen die Inflation als das größte soziale Übel bezeichnen und es als größte soziale Tat feiern, dass dergleichen in der jetzigen Krise verhindert worden sei! Dass die Inflationsangst gänzlich irrational gewesen sei, wie man heute vielfach lesen kann, scheint mir nicht richtig. Es kommt ja auf die Szenarien an, die man vor Augen hatte.

Aber es hat damals durchaus Menschen gegeben, die die Reichsbank, die Reichskanzlei, den Reichspräsidenten und das Reichswirtschaftsministerium mit Eingaben bombardierten, dass man irgendwie neues Geld schaffen müsse, mit dem beschäftigungspolitisch motivierte Aufträge finanziert werden sollten. Selbst der Präsident des Statistischen Reichsamtes und Leiter des Berliner Instituts für Konjunkturforschung Ernst Wagemann bastelte Anfang 1932 an Plänen, wie man Außengeld, das selbstverständlich kursstabil sein müsse, und Binnengeld unterscheiden könnte. Auffällig war an fast allen Plänen, mit wie geringen zusätzlichen Mitteln dank der erhofften Kaskadenwirkung in kürzester Frist wahre Wunderdinge an zusätzlicher Beschäftigung versprochen worden sind. Das Multiplikatorprinzip war vielen schon geläufig. Noch heute neigen naive Historiker dazu, die Existenz von schlichtweg utopischen Plänen als Beweis dafür zu nehmen, dass damals Hitler hätte leicht verhindert werden können, wenn man nur bereit gewesen wäre, was – ja was? – zu tun; denn in der Regel belassen es die Historiker beim Hinweis, Keynes habe ja gezeigt, wie solches gehe. Aber Keynes hat seinerzeit weder für Deutschland noch für England konkrete globalpolitische Empfehlungen in Richtung staatlicher Konjunkturprogramme gegeben, und es hat auch kein Land gegeben, das auf strikt keynesianischem Wege aus der Krise herausgefunden hätte.

8. Doch lassen Sie mich von einer Episode berichten, die die seinerzeit relevanten Probleme und die Einschätzung durch führende Wissenschaftler gut beleuchtet. Ich meine die so genannte »Geheimkonferenz der Listgesellschaft« am 16. und 17. September 1931 in Berlin. Sie verdankt ihre Einberufung einer phantastischen Idee des damaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Hans Schäffer, notabene eines exzellenten Beamten. Er hatte ein Exposé von Wilhelm Lautenbach gelesen, der eine Art Grundsatzreferent im Reichswirtschaftsministerium war und wegen seiner in der Tat sehr interessanten Ausarbeitungen, die nach dem II. Weltkrieg publiziert worden sind, als »deutscher Keynes« gefeiert worden ist (vgl. Lautenbach 1952). In diesem – natürlich streng vertraulichen – Exposé hatte Lautenbach skizziert, wie – unter der Voraussetzung, dass die Reichsbank mittun könnte und wollte – vielleicht doch eine Mehrbeschäftigung erreicht werden könnte. Der für den Reichshaushalt zuständige Staatssekretär hat dann ein wenig weiter gedacht: Würde nicht der erhoffte konjunkturelle Impuls, wenn er – wie versprochen – rasch Arbeitslosigkeit abbaut, zugleich die Staatseinnahmen erhöhen und zur Verringerung der Sozialausgaben beitragen? Sanierung des Haushalts durch Beschäftigungsprogramme? Eine wunderbare Idee.

So wunderbar im wörtlichen Sinne, dass Reichsbankpräsident Luther, dem sie zu Ohren kam, sie nicht glatt ablehnte, sondern zusammen mit dem Vorstand der Fried-

rich List Gesellschaft die erwähnte Konferenz einberief, auf der die Dinge diskutiert werden sollten. Es war eine erlauchte Versammlung. Teilgenommen haben der Präsident der Reichsbank und weitere Mitglieder des Direktoriums, die Staatssekretäre im Reichsfinanz- und im Reichswirtschaftsministerium und hohe Beamte dieser Ministerien sowie des Reichsarbeitsministeriums, führende Bankiers, der Cheftheoretiker der SPD Rudolf Hilferding, vor allem aber auch eine Crème deutscher Nationalökonomien. Ich nenne nur – und hoffe, wenigstens einige seien heute noch in Erinnerung – Gerhard Colm, Karl Diehl, Walter Eucken, Hans Gestrich, Eduard Heimann, Heinrich Rittershausen, Hans Neisser, Wilhelm Röpke und Edgar Salin. Ich habe das Wortprotokoll dieser Konferenz 1991 unter dem Titel »Wirtschaftspolitik in der Krise« ediert (vgl. Borchardt und Schötz 1991). Ich glaube, es könnte heute nicht nur für Historiker interessant sein. Im Ergebnis trug man allerdings alle Hoffnungen auf eine rasche Wendung zu Grabe, teils aus theoretisch-prinzipiellen Gründen, teils in Kenntnis der faktisch sehr eingegrenzten Handlungsmöglichkeiten. Es ist aber immerhin bemerkenswert, dass die Mehrheit der Ökonomen die Auffassung Wilhelm Lautenbachs, der für die Konferenz eine eigene Vorlage gemacht hatte, teilte, dass kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter Umständen dazu beitragen könnten, eine tiefe Depression zu überwinden – in Sonderheit in einer geschlossenen Wirtschaft oder, im Falle einer offenen, unter der Voraussetzung funktionierender Kreditmärkte und reichlicher Währungsreserven. Die USA und Frankreich wurden als hervorragende Kandidaten benannt. Allerdings wurden auch prinzipielle Zweifel an der Ratsamkeit einer solchen Politik geübt – mit Argumenten, wie wir sie inzwischen aus der Public Choice Diskussion kennen. Insgesamt ergab sich eine klare Mehrheit **gegen** die Vorstellung, man könne und solle in Deutschland den Versuch unternehmen, in größerem Umfang gar die Reichsbank zur Unterstützung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwa durch noch weitergehende Wechselrediskontierung in Anspruch zu nehmen. Wohl gab es drei Teilnehmer, die in diese Richtung gehen wollten. Aber als Präsident Luther darum bat, die Größenordnung für ein solches Programm zu benennen, wurde als Höchstsumme die Zahl 1,5 Mrd. RM genannt, vielleicht zunächst aber auch nur 600 Mill. RM. Und keinesfalls sollte so etwas öffentlich herausposaunt werden, weil das nur das Publikum irritieren würde. Am Ende konnte der Reichsbankpräsident unwidersprochen feststellen, dass von den genannten Beträgen jedenfalls keine »Initialzündung« zu erwarten wäre. Recht hatte er. Man bedenke, dass das nominale Volkseinkommen 1931 schon um 19 Mrd. RM unter dem Volkseinkommen von 1929 gelegen hat. Die Nachfragelücke war viel zu groß, als dass mit solchen Mitteln (bei allen Risiken, die ihnen ohnehin innewohnten) erreicht werden konnte, was Schäffer als sein Ziel bezeichnet hatte: Durch eine rasche Halbierung der Arbeitslosigkeit (!) den Haushalt zu sanieren.

9. Vielleicht bemerkenswerter als *dieses* Ergebnis der Konferenz ist ein anderes. Es hatte mit dem eigentlichen Auftrag nichts zu tun, schälte sich aber im Verlauf des Meinungsaustausches immer deutlicher heraus: Nahezu alle Diskussionsredner, die bezeichnende Ausnahme stellte der Marxist Rudolf Hilferding dar, glaubten, dass für eine konjunkturelle Wende zumindest **auch** die Flexibilisierung von Löhnen und (Kartell)Preisen, sprich deren tendenzielle Absenkung nötig sei. Nicht wenige, darunter vor allem Walter Eucken, hielten dies überhaupt für die entscheidende Maßnahme und erklärten sich nur insoweit mit (maßvoll) expansiven Schritten einverstanden, als die Lohn- und Preisstarrheit wie auch immer vorher überwunden sei. Aber das war keine Marotte von Eucken allein. Der in Kiel lehrende Gerhard Colm (später Mitschöpfer des amerikanischen Planes, nach dem die Währungsreform in Westdeutschland durchgeführt worden ist) hatte schon vor der Konferenz an den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg geschrieben: »Die Initialzündung kann nur funktionieren, wenn der Motor an sich in Ordnung ist und nur auf die Auslösung wartet.« Man müsse, wenn man an so etwas wie Konjunkturanregung denke, die Zuversicht haben, »dass der deutsche Produktionsapparat in der Lage ist, einmal angekurbelt, wieder rentabel zu produzieren«, (Borchardt und Schötz 1991, 37). Diese Zuversicht hatte – soll ich sagen: **auch?** – damals kaum jemand, jedenfalls kein Teilnehmer der List-Konferenz. Zwar formulierte Colm in der Konferenz noch die Idee, dass die Regierung (!) versuchen müsse, den kapitalistischen Motor *zugleich* zu reparieren *und* zu zünden – aber das war natürlich eher eine politische Wunschvorstellung als ein theoretisch überzeugendes Bild. Am Ende hieß das Ergebnis: *Erst* Bekämpfung der Lohn- und Preisstarrheit, *dann* – nach Möglichkeit – expansive Maßnahmen.

10. Wenige Tage nach der Konferenz verließ England den Goldstandard; das Pfund floatete frei mit einer Abwertungstendenz um etwa 20%. Ein Schritt, der, wie schon gesagt, den Deutschen verboten war und den auch kein seinerzeit für die Reichsmark irgendwie Verantwortlicher als wünschbar angesehen hat. Aber das fügte der Argumentation zugunsten einer Politik administrierter Lohn- und Preissenkungen nun weitere Gründe hinzu. So sah es auch der »deutsche Keynes« Wilhelm Lautenbach. Er sprach sich nun für eine rasche »Anpassung unserer Kosten und Preise« aus, praktisch durch Dekret. Als Orientierungsmarke nannte er die »Wiederherstellung der Tariflöhne vom 1. Januar 1927«.<sup>2</sup> In etwa ist dies – wie Abb. 1 zeigt – in der 4. Notverordnung der Regierung Brüning vom 8. Dezember 1931 geschehen. Lautenbach selbst hatte freilich noch weitergehende Ideen – die dann ja auch im Verlauf des Jahres 1932 im Ansatz realisiert worden sind. Ich zitiere: »Der Bewegungsspiel-

<sup>2</sup> Belege für die Empfehlungen Lautenbachs, Löhne und Preise administrativ zu senken, in Borchardt (1982, 369).

raum, den wir durch eine Lohn- und Preispolitik der vorge schlagenen Art bekommen, wird unter allen Umständen ausreichen, *ohne Gefahr für unsere Währung und ohne uns im Ausland zu diskreditieren*, die kreditpolitischen Maßnahmen zu treffen, die zur Finanzierung der Projekte (zur Arbeitsbeschaffung, K.B.) notwendig sind.« Also: Anpassen- de Angebotspolitik soll auch den sonst vorhandenen Spielraum für eine aktive Beschäftigungspolitik schaffen.

11. »Reparatur des Motors« – das musste aber weit mehr bedeuten, als nur Kostensenkung. Und in der Tat liefen insbesondere die wirtschaftspolitischen Empfehlungen liberaler Ökonomen auf viel mehr hinaus – während auf der sozialistischen Seite grundsätzlich infrage gestellt wurde, ob der kapitalistische Motor nicht abgestellt und durch etwas anderes ersetzt werden sollte.

Es ist relativ wenig bekannt – worauf Dieter Haselbach vor gut zehn Jahren hingewiesen hat (vgl. Haselbach 1991) –, dass die Grundtexte des Neo- bzw. Ordoliberalismus, der ja zur herrschenden ökonomischen Lehre nach dem II. Weltkrieg geworden ist, in den Jahren 1931/32 publiziert worden sind, als Diagnose der Krise des Kapitalismus. Sie sind nicht, wie man immer wieder liest, eine Antwort auf den Nationalsozialismus. 1931 erschien Wilhelm Röpkes »Der Weg des Unheils«; 1932 veröffentlichte Walter Eucken im Weltwirtschaftlichen Archiv seinen Aufsatz »Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus«; und im gleichen Jahr hielt Alexander Rüstow auf der Dresdner Tagung des Vereins für Socialpolitik ein Grundsatzreferat »Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus«. Gemeinsam ist ihnen die Diagnose, dass die Krise in ihrer konkreten Gestalt, also die Krise, in der die sonst üblichen Selbstreinigungskräfte nicht mehr zu wirken schienen, etwas mit dem Rückgang unternehmerischer Gestaltungsfreiheit zu tun hätte, einerseits durch einen hypertrophen Interventionsstaat und andererseits durch Vermachtungen in der Wirtschaft. Diese abzubauen, müsse nun das Ziel sein. Nicht Globalsteuerung also, sondern schon damals Ordnungspolitik im Sinne einer Behebung struktureller Deformationen. Im Detail hieß das Kampf gegen Kartelle und andere Arten der Wettbewerbsbeschränkung, Öffnung der Märkte gegenüber der Welt, Abbau von Subventionen (speziell für die Landwirtschaft), Einschränkung der staatlichen Aktivität auf die unerlässlichen Ordnungsaufgaben, insbesondere auch Umgestaltung der Arbeitsmarktverfassung etc. – ohne die man sich ein hinreichendes Wachstum der deutschen Wirtschaft nicht vorstellen konnte.

Freilich, sehr detailliert haben die Genannten nicht beschrieben, was das im Einzelnen bedeuten sollte und wie es ins Werk gesetzt werden könnte. Umso massiver wurden spezifische Forderungen, die in diese Richtung gingen, von den Unternehmern vertreten. Interessanterweise finden wir

nur ganz wenige Unternehmer, die sich von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Art, wie sie immerhin in der List-Konferenz diskutiert worden sind, etwas erwarteten. Hingegen richtete sich ihr Blick vor allem auf Entlastung von Abgaben und auf Änderungen im geltenden Tarifrecht. Hier dürfte dem Leser vieles recht vertraut klingen:

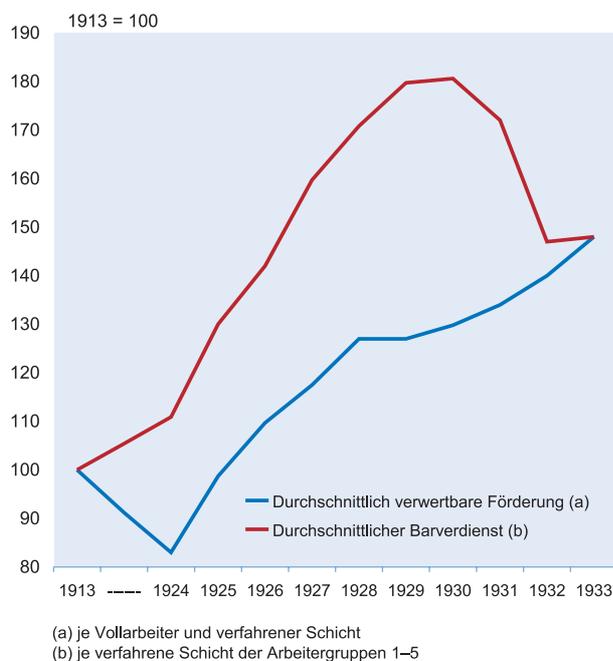
So forderte man eine drastische Verkleinerung von Tarifgebieten, um den Unterschieden der Standorts-, Lebens- und Arbeitsbedingungen besser gerecht werden zu werden (es gab damals zahlreiche Reichstarife); Betrieben, die sonst in die Gefahr des Erliegens kämen, sollte erlaubt werden, auch niedrigere Löhne zu zahlen.

Zugegeben, das alles war auch bei den Unternehmern nicht unumstritten. So hielt der große Mann der IG Farben AG, Geheimrat Bosch, noch im Sommer 1932 relativ wenig von gesetzgeberischen Hilfen in Hinblick auf die Mehreinstellung von Arbeitskräften. Er meint, dass die Arbeiter schon jetzt weit intensiver als früher arbeiteten und dass man noch immer mehr Leute in den Betrieben habe, als man unter den veränderten Bedingungen brauchte.

Dennoch, im September 1932 verkündete Reichskanzler von Papen, der Ende Mai 1932 an die Stelle des entlassenen Brüning getreten war und nun auch die Früchte der im Juli in Lausanne beschlossenen Aufhebung des größten Teils der Reparationsverpflichtungen erben konnte, ein Wirtschaftsprogramm, das – in der Absicht, die Beschäftigung zu erhöhen, – in der Tendenz auf die Rentabilität der Unternehmen zielte. Es erregte wütenden Protest, nicht nur bei der Linken. Mit einem interessanten Trick (über den vielleicht auch heute nachzudenken wäre) wurde die Steuerlast gesenkt, ohne dass der öffentlichen Hand die dringendst benötigten Mittel entzogen wurden. Zahler von Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuer sollten bei ihrer Zahlung Gutscheine ausgehändigt werden, die dann später, in den Jahren 1934 bis 1939 bei Entrichtung von Steuern verwendet werden könnten. Unternehmer konnten die Steuergutscheine an einem sich rasch bildenden Markt, natürlich mit Disagio, verkaufen und so faktisch ihre aktuelle Belastung mindern.

Ganz im Sinne der Unternehmen, wenn auch in der Praxis ein Fehlschlag, waren die geplanten staatlichen Interventionen am Arbeitsmarkt. Für zusätzlich eingestellte Arbeitskräfte sollten Unternehmen je Arbeitskraft eine in Steuergutscheinen auszuzahlende Prämie von 400 RM erhalten (was im Schnitt etwa zehn Wochenverdienste ausmachte!). Im Gegensatz zu den an das Programm geknüpften Hoffnungen sind allerdings bis Jahresende nur 62 500 Personen zusätzlich eingestellt worden – und dies wohl auch eher, weil inzwischen die konjunkturelle Erholung eingesetzt hatte. Fast noch schlimmer erging es der Idee, den Unternehmern zu gestatten, bei zusätzlichen Einstellungen untertarifliche Löhne zu zahlen. Wo das versucht wurde, kam es rasch zu wil-

**Abb. 3**  
**Produktivität und Verdienste der Arbeiter im niederschlesischen Kohlebergbau 1913–1933**



Quelle: Zahn (1996, 280).

den Streiks und öffentlichen Tumulten. Die Arbeitgeber haben schnell begriffen, dass dergleichen, wiewohl formal rechtens, nicht durchzusetzen war, und der nächste Reichskanzler, Kurt von Schleicher, der sich mit den Gewerkschaften arrangieren wollte, hob diese Bestimmung auch wieder auf. So schnell ließen sich die Machtverhältnisse nicht ändern.

Allerdings schien ja, ich sagte es schon, seit dem Sommer der Aufschwung, wenn auch zögerlich, so doch immerhin in Gang gekommen zu sein. Die Wirtschaftshistoriker sind sich bislang nicht einig darüber, warum. Und speziell: Welche Rolle dabei das Ende der Reparationen und die staatlichen Maßnahmen gespielt haben. Ich möchte anregen, in diesem Zusammenhang sich näher mit Abbildung 3, wiederum der Arbeit von Clemens Zahn entnommen, zu befassen.

Zugegeben, ich habe dieses Bild in tendenziöser Absicht ausgesucht. Aber die grundlegende Wahrheit ist doch eine allgemeine. Im und kurz nach dem I. Weltkrieg hatten sich Lohnentwicklung und Entwicklung der Produktivität weit auseinander entwickelt. Zwar ist ab 1925 die Produktivität wieder über das Niveau von 1913 hinaus gestiegen – und hat der Produktivitätsanstieg auch angehalten. Aber es ist bis 1930 nicht gelungen, die Schere zu schließen, im Gegenteil, sie ist noch etwas auseinander gegangen. Erst in der Krise – und nicht zuletzt durch die Ende 1931 angeordnete Lohnsenkung – gingen die Löhne herunter. Wie zu er-

warten, ist aber in der Krise die Produktivität weiterhin angestiegen, weil die Arbeitsintensität zunahm und Grenzarbeiter ausschieden. Der verblüffende Punkt ist: Exakt 1933 ist – zumindest an diesem Markt – die seit 1913 bestehende Schere wieder geschlossen worden.

Das Bild verdeutlicht, welche phantastische Mitgift Hitler bekommen hat, als er die Regierung antrat: Eine – wenigstens in diesem Punkt, aber auch hinsichtlich zahlreicher anderer Aspekte, auf die hier nicht einzugehen ist – strukturell bereinigte Situation. Darauf ließ sich aufbauen. Aber das ist ein anderes Thema.

## Literatur

- Borchardt, K. (1979), »Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision eines überlieferten Geschichtsbildes, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Jahrbuch 1979*, München, 87–132; wieder abgedruckt in: K. Borchardt (1982), *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen, 165–182 und 265–284.
- Borchardt, K. (1982), »Zur Aufarbeitung der Vor- und Frühgeschichte des Keynesianismus in Deutschland. Zugleich ein Beitrag zur Position von W. Lautenbach«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 197.
- Borchardt, K. (1990), »A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy«, in: J. Baron von Krudener (Hrsg.), *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic. 1924–1933*, New York, Oxford und München.
- Borchardt, K. und O. Schötz, Hrsg. (1991), *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung*, Baden-Baden.
- Haselbach, D. (1991), *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden.
- Keynes, J.M. (1982), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. XXI: *Activities 1931–1939*, Macmillan, London.
- Lautenbach, W. (1952) *Zins, Kredit und Produktion*, hrsg. v. W. Stützel, mit einem Vorwort von Wilhelm Röpke, Tübingen.
- Mitchell, B.R. (1975), *European Historical Statistics 1750–1970*, London.
- Reichsverband der Deutschen Industrie, Hrsg. (1929), *Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929*, Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Bd.49, Berlin.
- Tooze, J.A. (2001), *Statistics and the German State. 1900–1945. The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Zahn, C. (1996), *Arbeitskosten und Lebenslagen zwischen Inflation und Großer Krise. Zur Geschichte der Weimarer Lohnbewegung*, St. Katharinen.